

Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt	
2016-2021	Nr. 22

## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen und Umwelt der Gemeinde Jade, am 05.09.2019, 18:00 Uhr im Walter-Spitta-Haus Jade, Kirchweg 5 in 26349 Jade.

-----

Anwesend: Der stv. Ausschussvorsitzende Michael Rettberg sowie die Ausschussmitglieder Knut Brammer, Jörg Schröder, Udo Kraudelt (für Ulrich van Triel) und Finn Hanke

Bürgermeister Henning Kaars  
FBL Danny Stahl (zugleich Protokollführer)  
SB Hauke Peters

Frau Schulze-Berger, Landkreis Wesermarsch

Gäste: Ferik Meinardus sowie 7 Zuhörer

Presse: Herr Tietz (Friebo)

Nicht anwesend: Ulrich van Triel

-----

### **1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Planen, Bauen und Umwelt sowie der Tagesordnung**

Der stv. Ausschussvorsitzende (AV) Rettberg eröffnete die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie Beschlussfähigkeit fest. FBL Stahl teilte mit, dass beim Tagesordnungspunkt 10 „Beratung und Beschlussempfehlung über die 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6 „Poststraße““ kein Satzungsbeschluss, sondern ein Beschluss zur erneuten Auslegung gefasst werden solle. Seitens des beauftragten Planungsbüro´s sei eine falsche Festsetzung im Bebauungsplan eingetragen worden. Anschließend wurde die Tagesordnung mit den Änderungen festgestellt.

### **2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.06.2019**

Die Niederschrift der Sitzung vom 13.06.2019 wurde mit 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

### **3. Einwohnerfragestunde**

Auf Nachfrage eines Anliegers teilte SB Peters mit, dass u.a. die Ölstraße noch mit Bitumen sowie Splitt bearbeitet werde.  
Seitens eines Anliegers wurde um Stellungnahme bezüglich der seitens des Anliegers zur

Verfügung gestellten Unterlagen zu den technischen Dingen zum Thema Windkraft geben. Nach Aussage einiger Ausschussmitglieder teilte Herr Brammer mit, dass die Unterlagen seitens der Verwaltung zur Verfügung gestellt worden seien und bat die Ausschussmitglieder, sich mit dem Thema zu befassen.

Herr Hanke teilte mit, dass ihm bekannt sei, dass die Einspeisung von Strom aus der Windenergie in das Stromnetz, zu Spannungsschwankungen führe und nicht unbeachtet bleiben könne.

Auf Nachfrage einer Einwohnerin teilte BM Kaars mit, dass erforderliche Kompensationsflächen für die Weiterführung des Bauleitplanverfahrens zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 27 „Schütte-Hof“ nicht zur Verfügung stünden bzw. übersteuert angeboten worden seien. Kurzfristig sei eine neue Kompensationsfläche angeboten worden, die seitens des Planungsbüros auf Eignung geprüft werden müsse.

Weiter teilte BM Kaars auf Nachfrage der Einwohnerin mit, dass die Weiterführung des Bauleitplanverfahrens grundsätzlich ohne den Investor möglich wäre, jedoch auch die Gemeinde derzeit nicht ausreichend Kompensationsflächen zur Verfügung habe.

#### 4. Bericht der Verwaltung

BM Kaars berichtet folgendes:

- In den Sommerferien seien diverse Unterhaltungsarbeiten in den gemeindeeigenen Gebäuden durchgeführt worden.
- Die Erweiterung bezüglich der Einrichtung einer vierten Gruppe im Kindergarten Jaderberg sei mit Hilfe des Bauhofes fertiggestellt. Die Betriebserlaubnis sei erteilt.
- Die bedarfsgerechte Befeuern im Windpark Bollenhagen sei in Betrieb. Das System beginne zu arbeiten, sobald sich ein Flugkörper in einem Radius von 6 km befinde. Sobald sich der Flugkörper näher als 4 km nähere, würde die Befeuern in Betrieb gehen. Die bedarfsgerechte Befeuern dürfte nicht vor vorliegen der Stellungnahme der deutschen Flugsicherung in Betrieb gehen.
- Für das Gewerbegebiet Jaderberg – An der Bahn gebe es zwei weitere Kaufinteressenten.

- Die DB Station & Service habe in einer Email mitgeteilt, dass sich die Fertigstellung des Bahnhaltdepot Jaderberg um ca. sechs Monate verzögern werde, da vorhandene Kabel verlegt werden müssten, die zunächst überplant worden seien, dies jedoch nicht zulässig sei. Eine Fertigstellung vor April 2020 sei daher unwahrscheinlich. Es bestehe große Unverständnis.

Auf Nachfrage von AV Rettberg teilte BM Kaars, dass es evtl. eine Möglichkeit gebe, den Bahnhaltdepot im Frühjahr 2020 in Betrieb zu nehmen und somit voraussichtlich nicht bis zum Fahrplanwechsel im Dezember 2020 gewartet werden müsse. Dies sei jedoch bisher nur mündlich seitens der Landesnahverkehrsgesellschaft mitgeteilt worden.

- Seitens des Landkreises Wesermarsch sei in einer Sitzung mitgeteilt worden, dass der Breitbandausbau bei einer 100% Haushaltsabdeckung rd. 45 Mio. Euro kosten werden, wovon die Gemeinden eine nicht unerhebliche Summe zu tragen hätten. Dies sei seitens der Gemeinde Jade finanziell nicht tragbar.
- In der 37. KW finde die Bereisung der gemeindeeigenen Gebäude und Straßen mit dem Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt statt, um über die Bereitstellung der Haushaltsmittel für erforderliche Unterhaltungsmaßnahmen beraten zu können.

Auf Nachfrage von AV Rettberg sagte BM Kaars, dass die Grundstückseigentumsübertragung im Bereich des Fahrradstandes der Oberschule Jade auf den Landkreis Wesermarsch noch nicht stattgefunden habe, die Sanierung jedoch seitens des Landkreises durchgeführt werde.

SB Peters berichtet folgendes:

- Die Leitpfosten in der Meisenstraße seien aufgrund von Anliegerbeschwerden bezüglich zu schnellem PKW-Verkehr im Bereich des Kinderspielplatzes aufgestellt worden. Die Fahrbahn sei durch die Leitpfosten auf eine Breite von 3,5m eingeengt worden, so dass ein Begegnungsverkehr nicht mehr möglich sei.
- Die Feuerwehrezufahrt im Bereich der Grundschule Jaderberg sei bisher nicht verbreitert worden, da der Bauhof mit diversen anderen Arbeiten, u.a. Erweiterung des Kindergartens Jaderberg, beschäftigt gewesen sei. Die Arbeiten sollen im Haushaltsjahr 2020 an eine Fremdfirma vergeben werden, da der Bauhof arbeitstechnisch extrem ausgelastet sei.
- In der Kirchenstraße im Bereich der neuen Krippe sei die 30 km/h-Beschilderung vorgenommen sowie die Aufbringung eines Piktogrammes durchgeführt worden.

#### **5. Bericht der Klimaschutzbeauftragten des Landkreises Wesermarsch sowie Beratung und Beschlussempfehlung über den Antrag bezüglich der Erklärung des Klimanotstandes für die Gemeinde Jade**

BM Kaars teilte mit, dass der Klimawandel für jeden spürbar und Veränderungen notwendig seien. Seitens der Gemeinde seien bereits diverse Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Abmilderung des Klimawandels durchgeführt worden.

Frau Schulze-Berger stellte die anliegende Präsentation (**Anlage 1**) vor.

BM Kaars sagte auf Nachfrage von AV Rettberg, dass der Landkreis Wesermarsch einige Energieberatungen in der Gemeinde Jade durchgeführt habe.

Seitens einer Anliegerin wurde bemängelt, dass beispielsweise in der Kreisvolkshochschule fast dauerhaft die Beleuchtung eingeschaltet sei, obwohl dort niemand sei sowie die Heizung angeschaltet und Fenster geöffnet seien. Diverse Hinweise bzw. Beschwerden bei der Geschäftsführung hätten zu keinen Änderungen geführt.

Frau Schulze-Berger sagte auf Nachfrage von Herrn Kraudelt, dass im Landkreis Wesermarsch kein Klimanotstand ausgerufen worden sei. Weiter teilte Frau Schulze-Berger mit, dass es seitens der Verwaltung nicht zu leisten sei, jeden Beschluss bezüglich des Klimaschutzes zu überprüfen. Hierfür seien Arbeitsgruppen oder externe Personen notwendig.

Herr Esken erläuterte den gestellten Antrag und teilte mit, dass die Gemeinde Jade nicht auf andere Behörden warten, sondern handeln müsse, um die Folgen des Klimawandels abzumildern. Zum Beispiel könnten Elektrofahrzeuge für den Bauhof angeschafft werden, eine Vernetzung mit anderen Kommunen stattfinden o.ä. Die Europawahl habe gezeigt, dass das Thema „Klimaschutz“ ein wichtiges Thema für die Bevölkerung sei.

AV Rettberg schlug vor, einen Arbeitskreis zum Thema Klimaschutz zu bilden sowie eine entsprechende Satzung zu erlassen. Des Weiteren könne die Bezeichnung des Fachausschusses um das Wort „Klimaschutz“ erweitert werden.

BM Kaars merkte an, dass auch interessierte Bürger an dem Arbeitskreis teilnehmen können sollten.

Auf Nachfrage von BM Kaars, was Inhalt einer solchen Satzung sein solle, teilte AV Rettberg mit, dass eine gewisse rechtliche Verbindlichkeit geschaffen werden solle. Es müsse nicht unbedingt eine Satzung sein, jedoch solle etwas schriftlich verfasst werden, um zum Beispiel ein Programm o.ä. zu haben.

Frau Schulze-Berger berichtete, dass auf dem Gebiet des Landkreises ebenfalls ein Arbeitskreis aus Verwaltung und Politik gebildet worden sei. Die Einwohner seien bewusst

nicht beteiligt worden, da die Erarbeitung von Vorschlägen, ohne Bürger, einfacher sei.

Herr Brammer merkte an, dass das Gebiet des Landkreises auch um ein Vielfaches des Gebietes der Gemeinde Jade größer sei und somit zu viele Bürger an den Arbeitskreissitzungen teilnehmen könnten. In einer Gemeinde sei die Beteiligung von Bürgern jedoch sinnvoll. Weiter teilte Herr Brammer mit, dass er eine Satzung als nicht erforderlich halte.

BM Kaars wies darauf hin, dass über die Sitzungen der Arbeitskreise immer Niederschriften angefertigt werden und somit schriftliche Ergebnisse dokumentiert würden. Eine Satzung o.ä. sei daher aus seiner Sicht nicht erforderlich.

Herr Kraudelt stellte die Möglichkeit der Umsetzung des Antrages in Frage, da der Verwaltung voraussichtlich die erforderlichen Ressourcen fehlen würden. Es solle daher ein Arbeitskreis eingerichtet werden und zudem geprüft werden, ob die Verwaltung in der Lage ist, die Punkte aus dem Antrag umzusetzen.

Herr Schröder merkte an, dass voraussichtlich externe Personen notwendig seien, diese jedoch Geld kosten würden, welches die Gemeinde Jade nicht habe.

Herr Esken bat darum, den Klimanotstand für die Gemeinde Jade zu erklären.

Herr Hanke sagte, dass die Überprüfung jeglicher Beschlüsse zu einer erheblichen personellen Bindung führen würde und zunächst geprüft werden solle, ob es bei Umsetzung des Antrages zu Änderungen bei den bereits gefassten Beschlüssen geführt hätte.

Auf Nachfrage von Herr Kraudelt teilte Frau Esken mit, dass der Begriff Klimanotstand keine rechtliche Bindung habe und somit zu keinen Maßnahmen verpflichte.

Herr Rettberg sagte, dass er das Wort „Notstand“ nicht passend finde und schlug vor, einen Beschluss zur Bildung eines Arbeitskreises zur Erarbeitung eines Programmes zur Förderung des Klimaschutzes auf lokaler Ebene sowie Entwicklung einer Agenda zur Umsetzung des erarbeiteten Programmes zu bilden.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt empfahl dem Rat der Gemeinde mit 2 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen, dem Antrag der Eheleute Esken zuzustimmen.

*Der Antrag der Eheleute Esken ist somit abgelehnt worden.*

Der Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt empfahl dem Rat der Gemeinde Jade mit 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen, einen Arbeitskreis zur Erarbeitung eines Programmes zur Förderung des Klimaschutzes auf lokaler Ebene sowie Entwicklung einer Agenda zur Umsetzung des erarbeiteten Programmes zu bilden.

## **6. Beratung und Beschlussempfehlung über das weitere Vorgehen bezüglich der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes – Teilfläche 2 „Windpark Jaderaußendeich“ sowie dem Bebauungsplan Nr. 56 „Windpark Jaderaußendeich“**

FBL Stahl erläuterte den bisherigen Verfahrensablauf und teilte mit, dass das beschlossene Moderationsverfahren nicht stattfinden könne bzw. keinen Sinn machen würde, da sich die Vorhabenträger bezüglich der Übernahme der Flächen des jeweils anderen Investors nicht einig geworden seien. Zudem sei seitens der EWE mitgeteilt worden, dass das Bauleitplanverfahren zunächst nicht weiterverfolgt werde. Der Investor JadeEnergy habe jedoch betont, dass Bauleitplanverfahren weiterführen zu wollen, um Windkraftanlagen errichten zu können, da bereits große Investitionen in die Planungen investiert worden

seien. Die Aufstellungsbeschlüsse seien zu ändern, um das Bauleitplanverfahren für den Investor JadeEnergy weiterführen zu können.

Bei einer Entscheidung, die Aufstellungsbeschlüsse für den geplanten Windpark Jaderaußendeich komplett aufzuheben und somit das Bauleitplanverfahren zu beenden, sei seitens des Investors bereits angekündigt worden, rechtliche Schritte gegen die Gemeinde Jade sowie evtl. einzelnen Personen einzuleiten.

Welche rechtlichen Konsequenzen eine Aufhebung der gefassten Beschlüsse bezüglich des geplanten Windparks Jaderaußendeich haben würde, kann seitens der Verwaltung, aufgrund der komplexen Rechtslage, nicht beurteilt werden, jedoch sei davon auszugehen, dass hohe Regressansprüche entstehen könnten.

Eine rechtliche Überprüfung seitens eines Fachanwaltbüros bezüglich der möglichen Folgen für die Gemeinde Jade ist im Oktober 2018 seitens des Verwaltungsausschusses abgelehnt worden.

Weiter teilte FBL Stahl mit, dass heute seitens der Gruppe „Die Grünen / Udo Eilers“ zu dem Tagesordnungspunkt ein Antrag vorgelegt worden sei.

Herr Kraudelt stellte den Antrag der Gruppe „Die Grünen / Udo Eilers“ vor und sagte anschließend, dass die komplette Aufhebung der Aufstellungsbeschlüsse und somit Beendigung des Bauleitplanverfahrens schwierig zu begründen sei und daher nicht beschlossen werden solle.

Entsprechend des Antrages solle der Bereich des Investors JadeEnergy weiterhin im Flächennutzungsplan sowie im vorhabenbezogenen Bebauungsplan für die Windenergie ausgewiesen werden. Der nördliche Teil des Investors EWE, welcher die Planungen zunächst nicht weiterverfolge, solle festgesetzt werden, dass dieser Bereich mit der Zweckbestimmung „Sondergebiet - Nutzung von Windenergie in Verbindung mit der Erforschung von Speichertechnologien für die Speicherung ungenutzter Windenergie bei Produktionsüberschuss“ ausgewiesen werde.

Herr Brammer bemängelte, dass der Antrag erst kurz vor der Sitzung eingegangen sei und daher nicht mehr in den jeweiligen Fraktionen beraten werden konnte. Jedoch seien weitere Anlagen nicht erforderlich, sondern schädlich.

Der Rat der Gemeinde Jade habe damals den Aufstellungsbeschluss gefasst, um eine „Verspargelung“ der Landschaft zu vermeiden bzw. Privilegierung von Flächen zu bekommen. Entsprechend der Potenzialanalyse seien in der Gemeinde Jade rd. 128 ha als Potenzialflächen geeignet. Entsprechend des Windenergieerlasses müsse die Gemeinde Jade insgesamt nur 11 ha an Potenzialflächen ausweisen. Die Gemeinde Jade hat jedoch bereits rd. 80 ha an Flächen für die Windenergienutzung ausgewiesen, so dass das Soll bereits längst erfüllt sei.

Des Weiteren sei ein solches Forschungsgebiet, wie es seitens der Gruppe „Die Grünen / Udo Eilers“ beantragt wurde, nicht sinnvoll, da z.B. der Speicher in Varel bereits nach einer Stunde voll sei, wenn dort nur der Windpark Bollenhagen angeschlossen sein würde. Der Speicher in Varel habe Investitionskosten in Höhe von rd. 27 Mio. Euro verursacht. Um eine ausreichende Speicherung zu erhalten, müsste mindestens das 50-fache an Speicherkapazität für den Windpark Bollenhagen sowie dem geplanten Windpark Jaderaußendeich vorhanden sein, so dass für die Energiespeicherung Kosten in Höhe von über 1 Mrd. Euro entstehen würden. Dies sei wirtschaftlich nicht darstellbar bzw. würde kein Investor umsetzen. Des Weiteren dürfe sich der Rat nicht durch die Androhung einer Klage seitens des Investors einschüchtern lassen, da auch Klagen seitens der Anwohner eingehen könnten, wenn der Windpark Jaderaußendeich beschlossen werde. Die Aussicht auf eine erfolgreiche Klage der Anwohner sehe er als sehr hoch.

Herr Kraudelt merkte an, dass der Antrag auch mündlich in der Sitzung hätte vorgetragen werden können.

Weiter wies Herr Kraudelt darauf hin, dass die Gemeinde Jade mit Regressansprüchen rechnen müsse, wenn die Aufstellungsbeschlüsse komplett aufgehoben werden würden. Eine evtl. Aufhebung der Aufstellungsbeschlüsse müsse zudem sehr gut begründet werden.

Herr Brammer merkte an, dass die Meinungen im Gemeinderat bezüglich der Ausweisung von Flächen für die Windenergie sehr unterschiedlich seien. Es gebe jedoch nur noch die Möglichkeit, alle Beschlüsse zum Windpark Jaderaußendeich aufzuheben oder die komplette Fläche für die Windenergie auszuweisen.

Weiter teilte Herr Brammer mit, dass der Gemeinde jederzeit die Möglichkeit gegeben sein müsse, aus dem Bauleitplanverfahren auszusteigen, da der Aufstellungsbeschluss nur eine Willenserklärung gewesen sei. Ansonsten sei die Gemeinde bei der Fassung des Aufstellungsbeschlusses gezwungen, auch einen Satzungsbeschluss zu fassen. Dies sei vom Gesetzgeber nicht gewollt.

Herr Brammer sagte weiter, dass weitere Windenergieanlagen sogar schädlich für den Klimaschutz seien und andere erneuerbare Energien vernachlässigt werden würden.

Die Aufstellungsbeschlüsse sollten aufgehoben werden, da die Gemeinde Jade bereits genügend Flächen für die Windenergie ausgewiesen habe und zur Zeit die Notwendigkeit von weiteren Flächen nicht gesehen werde.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt empfahl dem Rat der Gemeinde mit 3 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen, die bisher gefassten Aufstellungsbeschlüsse zur 4. Änderung des Flächennutzungsplanes – Teilfläche 2 „Windpark Jaderaußendeich“ sowie zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 56 „Windpark Jaderaußendeich“ aufzuheben und das Bauleitplanverfahren nicht weiterzuführen, da die Gemeinde Jade bereits genügend Flächen für die Windenergie ausgewiesen habe und zur Zeit die Notwendigkeit von weiteren Flächen nicht gesehen werde.

Herr Kraudelt beantragte, dass die Abstimmung namentlich in Niederschrift genannt werde. Seitens der Ausschussmitglieder bestand kein Widerspruch.

Mit Ja haben folgende Ausschussmitglieder gestimmt:  
Knut Brammer, Finn Hanke und Jörg Schröder

Mit Nein haben folgende Ausschussmitglieder gestimmt:  
Udo Kraudelt und Michael Rettberg

## **7. Beratung und Beschlussempfehlung über den Antrag bezüglich der Umbenennung des Teilstückes „Im Winkel 3“**

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt empfahl dem Rat der Gemeinde einstimmig, den in der Beschlussvorlage dargestellten Teilbereich im öffentlichen Interesse in „Hasenweg“ umzubenennen. Die Umbenennung erleichtert das Auffinden des anliegenden Grundstückes.

## **8. Beratung und Beschlussempfehlung über den Lärmaktionsplan**

- Behandlung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen – Abwägungsbeschluss
- Beschluss des Lärmaktionsplanes

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt empfahl dem Rat der Gemeinde einstimmig, die eingegangenen Stellungnahmen, wie in Kapitel 11 des Lärmaktionsplanes dargestellt, zur Kenntnis zu nehmen und den Lärmaktionsplan zu beschließen.

9. **Beratung und Beschlussempfehlung über die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 35 „Cordes-Land“**
- **Behandlung der während der Auslegung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Bedenken – Abwägungsbeschluss**
  - **Beschluss zur öffentlichen Auslegung**

Auf Nachfrage von Herrn Rettberg teilte FBL Stahl mit, dass der Einwand seitens des Nachbarn persönlich vorgetragen worden sei. Dieser Einwand sich jedoch auf einen Bereich beziehe, welcher nicht im Bereich des Bebauungsplangebietes liege und die vorgebrachten Missstände zudem bereits gesetzlich verboten seien und daher nicht in einem Bebauungsplan aufzunehmen seien.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt empfahl dem Verwaltungsausschuss einstimmig,

- a) die während der Auslegung eingegangenen Anregungen und Bedenken zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 35 „Cordes-Land“ wie vorgeschlagen zu behandeln (Abwägungsbeschluss nach § 1 Abs. 7 BauGB) und
- b) die erneute öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zu beschließen (Auslegungsbeschluss).

10. **Beratung und Beschlussempfehlung über die 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6 „Poststraße“**
- **Behandlung der während der Auslegung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Bedenken – Abwägungsbeschluss**
  - **Beschluss zur erneuten öffentlichen Auslegung**

Herr Kraudelt teilte mit, dass in den Unterlagen, welche bereits ausgelegt hätten, Bezug auf die Höhe der Nachbargebäude genommen worden sei. In den neuen Bauleitplanunterlagen fehle der Bezug auf die Nachbargebäude sowie eine Höhenbegrenzung. Seitens der Ausschussmitglieder wurde einvernehmlich mitgeteilt, dass in der Begründung aufgenommen werden solle, dass sich die Gebäude, welche im Bereich der 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6 „Poststraße“ errichtet werden können, sich entsprechend der Gebäudehöhe zu den Nachbarwohngebäuden einfügen müssen. Die Gebäudehöhe der zukünftigen Gebäude dürfe die Gebäudehöhe der Nachbarwohngebäude nicht überschreiten.

Auf Nachfrage von FBL Stahl wurde mitgeteilt, dass keine Firsthöhe in der Planzeichnung festgesetzt werden solle.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt empfahl dem Verwaltungsausschuss einstimmig,

- a) die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen und Bedenken zur 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6 „Poststraße“ wie vorgeschlagen zu behandeln (Abwägungsbeschluss nach § 1 Abs. 7 BauGB) und
- b) die Unterlagen zur 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6 „Moorstrich“ mit den genannten Ergänzungen in der zugehörigen Begründung erneut auszulegen (Auslegungsbeschluss).

**11. Beratung und Beschlussempfehlung über die Namensgebung für das Campingplatzgelände in Sehestedt**

BM Kaars teilte mit, dass Namensvorschläge für den Campingplatz in Sehestedt seitens des Strategieforums sowie der Gruppe „Die Grünen / Udo Eilers“ vorliegen würden, über die abzustimmen sei.

Herr Brammer merkte an, dass die Besucher bei dem Wort „Erlerbins“ etwas gewisses erwarten würden.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt empfahl dem Rat der Gemeinde mit 3 Stimmen und 2 Nein-Stimmen, dass zukünftig die Bezeichnung „Watterlebnis Sehestedt“ verwendet wird.

**12. Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Fragen gestellt worden.

Ende der Sitzung: 20:05 Uhr

\_\_\_\_\_  
Protokollführer

\_\_\_\_\_  
Bürgermeister

\_\_\_\_\_  
Ausschussvorsitzender

Vorstehende Niederschrift wurde in der Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen und Umwelt am \_\_\_\_\_ genehmigt.